

# chemie info

Nr 15

Herausgeber: Basisgruppe Chemie

Juni '75



"Schau mein Junge, mein Großvater war Gartenzwerg, mein Vater war Gartenzwerg und ich, dein Vater, bin auch Gartenzwerg. - Gibt dir das nicht zu denken?"

## Inhalt:

Zu den Wahlen: Merkwürdiges, allzu Merkwürdiges.....S	2
Das Abschlußkolloq im 2. und 3. Semester.....S	4
Zum Studium der Chemie als einer wertfreien Wissenschaft - wie "wertfreie Wissenschaft" und Wertsystem der Gesellschaft zusammenhängen.....S	10
"Umwelt - Schmutz" nach Messel.....S	20

## Zu den Wahlen: Merkwürdiges - allzu Merkwürdiges.

Diese Wahlen waren in mehrerer Hinsicht zumindest merkwürdig. Erstens war die Anzahl der Listen, Bewerber, Stimmzettel und die Funktion der einzelnen Gremien den meisten Studenten nicht bekannt. Einen negativen Einfluß auf die Wahlbeteiligung mag auch gehabt haben, daß die Fachbereiche 9 und 7 ihr Wahllokal nur auf der Lichtwiese hatten und Studenten des Fachbereichs 8 nur im Audimax wählen konnten. Dabei wurde ganz offensichtlich übersehen, daß die Chemiestudenten nicht an ganz definierten Plätzen arbeiten, sondern, daß sehr viele Studenten insbesondere des Fachbereichs 8, der mit 270 Wahlberechtigten mit Abstand der größte in der Chemie ist, nicht in dem Bereich tätig sind, in dem auch ihr Wahllokal war. Mit anderen Worten: es wurde von der Wahlleitung nicht berücksichtigt, daß die Zuordnung zu einem bestimmten Fachbereich willkürlich ist und nichts darüber aussagt, ob der Student auch wirklich dort arbeitet. Damit soll aber nicht über die Tatsache hinweggetäuscht werden, daß die Wahlbeteiligung nicht dem entspricht, was man von aufgeschlossenen und interessierten Menschen erwarten könnte.

Das Merkwürdigste an der ganzen Wahl waren jedoch gewisse Schwankungen in der Wahlbeteiligung vom Tage der Auszählung (13. 6.) bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse 3 bis 5 Tage später, sowie das Verhalten des Wahlamtmannes Wenzel. War er nämlich vor den Wahlen aufgeschlossen und zu jeder Auskunft bereit, so gab er



sich während den Wahlen immer zurückhaltender. Nach den Wahlen gar stand man, falls man eine Auskunft wünschte, fast regelmäßig vor verschlossener Tür. Selbst Mitglieder des Wahlvorstandes durften an Herrn Wenzels privater Stimmenaushangung, auf der das "amtliche" Endergebnis basiert, nicht teilnehmen. Das führte soweit, daß ein Mitglied, das zum wiederholten Male nicht eingelassen wurde im Asta äußerte: wenn der mich nun nicht einläßt hole ich die Polizei."

Der andere Punkt scheint uns wichtiger zu sein (vielleicht gehören auch beide irgendwie zusammen?):

Als am Freitag die Stupa-Stimmen ausgezählt wurden, ergaben sich folgende Stimmen und Sitzanzahlen:

Liste	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze	Δ Stimm.	Δ Sitz.
BG	843	8	657	8	-186	0
Juso	1041	10	990	12	- 51	+2
RCDS	1157	11	1137	13	- 20	+2
KHG	213	2	84	1	-129	-1
SHI	207	2	98	1	-109	-1
Zentr.	341	3	269	3	- 72	0
MSB	250	2	163	1	- 87	-1
SHB	220	2	137	1	- 83	-1

Bekanntgabe durch Wenzel am 13. 6. im Audimax: 4400 abgegebene Stimmen  $\hat{=}$  52% Wahlbeteiligung

Offizielle Bekanntgabe am 16. 6. durch Aushang: 3636 abgegebene Stimmen  $\hat{=}$  42.04% Wahlbeteiligung

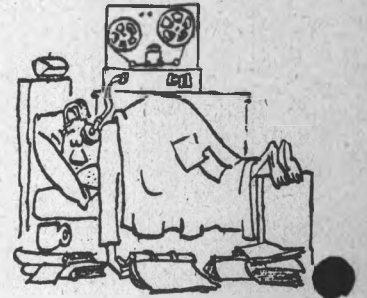
Die Differenz beträgt also 764 Stimmen. Selbst wenn man annimmt, daß sehr schlampig ausgezählt wurde, was als unwahrscheinlich gelten muß, so wäre ein Fehler von dieser Größe fast undenkbar. Ebenfalls sonderbar ist die Tatsache, daß RCDS einen Verlust von 20 Stimmen, die Basisgruppen einen Malus von 258 Stimmen (der Zentralrat gehört zu der BG-Fraktion) hinnehmen mußten - Zufall? Die Liste mit der prozentual größten Einbuße, die KHG, verlor 129 Stimmen, ca 2/3 ihrer Stimmenanzahl vom Freitag; - wiederum: Zufall?

Einen weiteren merkwürdigen Fall gab es im Fachbereich 9: Dort zählten drei Mitglieder der Basisgruppe am Freitag (13.6.) die Stimmen der Kandidaten zum Fachbereichsrat aus. Sie ermittelten folgende Reihenfolge: 1. Ulrich Gesenhues, 2. Hermann Schweinfurth, 3. Cäcilia Glück, 4. Burkard Bressel und Ferdinand Quella



(stimmengleich) und 5. Theo Langner. Das Wahlamt gab am 18. 6. folgende Reihenfolge bekannt: 1. Ulrich Gesenhues, 2. Hermann Schweinfurth, 3. Ferdinand Quella, 4. Burkard Bressel, 5. Theo Langner und 6. Cäcilia Glück. Daraufhin verlangte die Basisgruppe eine Wahlprüfung ( mit Schreiben vom 20. 6. ). Bereits am 21. 6. morgens (!) war die Reihenfolge am schwarzen Brett vor dem Wahlamt entsprechend dem Ergebnis unserer Auszählung geändert. Fazit: Bei diesen Wahlen ist unserer Meinung nach einiges (mehr als) schiefgelaufen.

## Das Abschlußkolloq im 2. und 3. Semester

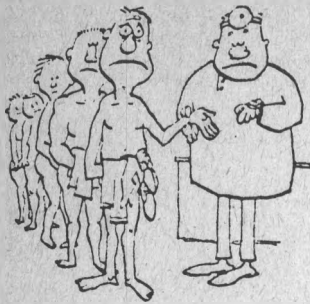


Im zweiten und Dritten Semester werden Abschlußkolloqs verlangt, die jeweils bei Professoren abgelegt werden müssen. Auffallend dabei ist, daß in den genannten Studententeilabschnitten jeweils praktikumsbegleitende Prüfungen in Form von Kolloqs existieren. Das fachliche Wissen wird also durch permanente Leistungskontrolle laufend überprüft. Die Abschlußkolloqs sind nur eine nochmalige zusammenfassung des des bereits geprüften Stoffes und hätten als Fachleistungskontrolle keine einsehbare Funktion, denn wer wollte etwa behaupten, Assistenten könnten die erbrachten Leistungen mangels Qualifikation schlechter bewerten als Professoren? Aus welchen Gründen gibt es dann diese Prüfungen?

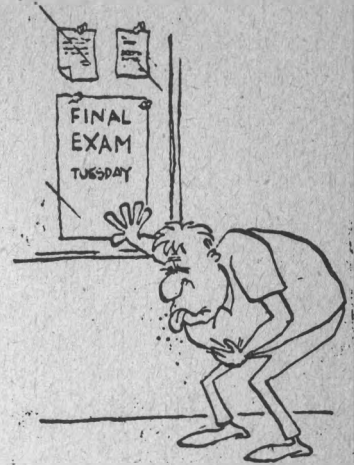
Zweimalig nichtbestandene Abschlußkolloqs führen zu einer Nichtanerkennung des betreffenden Praktikums. Das ist eine auffallende Regelung, weil das Abschlußkolloq, in dem derselbe Stoff wie in den Einzelkolloqs geprüft wird, ein anderes Gewicht haben soll. Es kann nicht argumentiert werden: Damit die Studenten in den Einzelkolloqs das Abschlußkolloq "einüben" können, sei bei den Einzelkolloqs das Risiko herabgesetzt. Denn das Abschlußkolloq wurde nach den Einzelkolloqs eingeführt; die schon vorher bestehenden Einzelkolloqs müßten dann dialektisch zur Rechtfertigung des neuen Abschlußkolloqs dienen, obwohl eine dialektische Argumentation nur umgekehrt möglich ist.

Auch aufgrund der "Reliabilität" von Prüfungen ist das erhöhte Gewicht nicht einzusehen: Eine einmalige Prüfung kann nicht so

aussagekräftig sein, wie die sonstigen, permanenten Leistungskontrollen, die überall in den genannten Praktika auch anfallen.



## Stress



Es ist höchst fraglich, ob die, mit einer körperlichen und psychischen momentanen Stresssituation, die dadurch entsteht, daß das Kolloq über kürzeres oder längeres Studium und allen daraus resultierenden späteren beruflichen finanziellen oder gar existentiellen Auswirkungen entscheidet, verbundene Prüfung überhaupt die Gesamtleistung immer wiedergeben kann.

( Dazu zwei Belege:

- Auf einer Podiumsdißkussion der Basisgruppe Anfang 1975 mit Vertretern aus der Industrie wurde deutlich, daß Bewerber ab gewissem Alter fast keine Aussichten mehr haben, eine Anstellung zu finden.
- Die Förderungshöchstdauer nach dem BAfÖG beträgt für die Chemie 12 Semester. Wenn der Student ein längeres Studium selbst zu vertreten hat, wie es juristisch der Fall wäre, wenn er die geforderten Bedingungen nicht erfüllt, kann die Förderung nicht verlängert werden. )

## Chemiestudium und Gesellschaft

Die Fragen, warum das Abschlußkolloq solch ein Gewicht hat und warum überhaupt ein Abschlußkolloq eingeführt wurde, lassen sich jedoch nur beantworten, wenn man das Gebiet der "sachbezogenen" Diskussion über Prüfungen, Lernen etc. verläßt und Fragen mit berücksichtigt, die eigentlich nichts damit zu tun zu haben scheinen: Einmal die Situation der Professoren und ihre Neutralität, zum anderen die akademische Berufsausbildung in diesem Gesellschaftssystem. - Diese beiden Fragen werden im folgenden gleichzeitig behandelt.



Man muß sich einmal überlegen, was alles an mehr oder minder bewußten Motiven hinter der Entscheidung eines Professors stehen kann, eine zusätzliche Prüfung einzuführen. Wenn nämlich schon der Fortgang der Forschung weniger durch wissenschaftsimmanente Gründe, sondern durch Institutsrängeleien etc. bestimmt wird, wie bei Watson in seinem Buch "Die Doppelhelix" nachzulesen ist, so gilt das auch für die Ausbildung: Vielleicht fühlte sich Herr Große seinem Kollegen Schäfer in der Macht über die Studenten und in der Kontrolle und Steuerung der Ausbildung unterlegen, weil er ein Abschlußkolloq weniger hatte? Die Prüfungshoheit, d. h. wieviele und welche Prüfungen ein Professor abhalten darf, ist schon eine Prestigefrage.....

Eine Rolle könnte auch spielen, daß der einzelne Professor gegenüber den Assistenten wieder das Konzept in die Hand nehmen will und zwar aus mehreren Gründen:

- Bisläng - bis zur Einführung der Abschlußkolloqs - waren die, von den Assistenten gegebenen Noten bindend für das betreffende Praktikum. Es drohte also aus der Hand des jeweiligen Profs zu gleiten. Zumindest hatte er selbst keinen unmittelbaren Einfluß auf abgefragte Leistungen und deren zeitliche Änderung. Das hat sich geändert. Über die Anforderungen im Abschlußkolloq steuert er nun die anderen, und Assistenten, die nicht "ordentlich" prüfen, haben von ihrem Professor sicherlich Konsequenzen zu erwarten.
- Bis zur Einführung der Abschlußkolloqs war der Professor nur dem Namen nach verantwortlich für das Praktikum. Nun hat er als Beleg dafür zusätzlich noch die Abschlußprüfung, was unter Umständen wichtig für die Argumentation gegenüber Verwaltung und Bürokratie sein könnte.
- Schon seit langem geht die Angst um, daß man an "Niveau" verlieren könnte. Die Folge, soweit man sie als unmittelbare Folge für die Profs an der TH absehen kann, wäre eine Mittelkürzung von Seiten der Industrie und des Staates mit wachsendem "Niveauperlust". Nun besteht also die direkte Rückkopplung: Die an der TH einzig unmittelbar Abhängigen von den Industriegeldern, nämlich die Professoren, können veränderte Anforderungen nunmehr (im Idealfall) sofort durch veränderte Prüfungsanforderungen weitergeben. Unmittelbar abhängig sind diese Herren deshalb, weil sie ohne solche Gelder keine, für ihren Ruf, der ja mitunter existenzentscheidend ist, Forschung mit dem nötigen Aufwand betreiben könnten. Sie wären nicht mehr "konkurrenzfähig".

Was sind die Auswirkungen der erhöhten Ausbildungsanforderungen für die Studenten? Durch Steigerung des Prüfungsdrucks wird immer weniger aus Interesse an der Sache gelernt; das ehemals kritische, problemorientierte Lernen entartet zum bloß faktenorientierten Lernen, und die einzige Lernmotivation ist die Prüfung, die abgelegt werden muß. Die Folgen eines solchen Lernens sind unmittelbar: nach der Prüfung ist viel Gelerntes wieder vergessen; und nach "langjähriger Einwirkung": Der Akademiker tut unkritisch und willenlos alles, was von ihm verlangt wird.- Sein Wissen birgt ja auch für ihn die Macht in sich, es gegen seine Herren (im Betrieb) anzuwenden.<sup>1</sup> Diese Möglichkeit, die mit besserer Ausbildung und größerem Wissen steigt, kann aber dadurch unterlunden werden, daß mit der fachlichen Ausbildung eine Persönlichkeitsumformung zum "eindimensionalen Menschen" (siehe auch Marcuse) einhergeht. Auch eine andere für den Beruf sehr wichtige Eigenschaft eines Akademikers wird durch ein ausgefeiltes Prüfungssystem geschult: die Fähigkeit, mit Stress, Leistungsterror, Konkurrenz, Erfolgszwang usw. fertig zu werden (Prüfung als Sozialisationsinstrument). Natürlich wirkt sich das Prüfungssystem nicht nur auf das Verhalten im Beruf aus, sondern stellt auch ein Instrument zur Disziplinierung der Studenten dar. Wie wir also sehen, geht es bei der Verschärfung nicht so sehr um den Kampf gegen "sinkendes Niveau".



So mancher Professor kann sich auch mit der neuen Rolle der Universität als Massenausbildungsstätte für naturwissenschaftlich - technische Berufe nicht anfinden, sondern möchte, daß die Akademiker eine Elite bleiben und ihnen ihr "Privilegiertenstatus" erhalten bleibt. Wenn Privilegien von der Gesamtgesellschaft akzeptiert werden sollen, darf die Zahl der Privilegierten nicht zu groß werden, da Privilegierte immer auf Kosten anderer leben.

<sup>1</sup> Zum Beispiel die Aufdeckung eines Abwasserskandals im eigenen Betrieb.



Die Chancengleichheit ist zwar "eine Forderung unserer Zeit", muß aber folgerichtig "korrigiert" werden. Das Prüfungssystem ist ein geeignetes Mittel zur Steuerung der Akademikerstellen (Prüfung als Selektionsinstrument).

Die Argumente, mit denen Professoren die Neueinführung von Prüfungen begründen, sind jedoch nur die Reduktionen dieser verschiedenen komplexen Motive auf reine "Sachzwänge" wie Industrieanforderungen und Ausbildungskapazitäten etc., die in Wirklichkeit nur die Spitze eines Eisbergs aus Akademikerideologie, ökonomischen Abhängigkeiten u.v.a.m. sind.

Hat die Einführung von neuen Prüfungen bei Professoren eine Vielzahl von im Kern meist meist unbewußt wirkenden Gründe, so hat dieses unorganisierte Handeln der vielen doch eine bestimmte Wirkung: die Stabilisierung dieses Gesellschaftssystems mit seiner Schichtung und seinen Wertvorstellungen, wie bei der Betrachtung der Aufgaben von Prüfungen - als Disziplinierungs-, Selektions-, Sozialisationsinstrument - deutlich wurde. Prüfungsverschärfungen - und dazu zählt auch die Einführung des Abschlußkolloqs durch Herrn Grobe - sind also nicht wissenschaftsimmanent zu diskutieren, sondern im Zusammenhang mit der Aufgabe des Ausbildungssystems im Kapitalismus.



Geschichtliche Anmerkung:

Früher schreckten allein die Kosten des Studiums Eltern unterer Schichten davon ab, ihre Kinder studieren zu lassen, und die Tradierung der Akademikerideologie und der systemstabilisierenden Wertvorstellungen in der Mittelschicht (Beamte, Angestellte, Akademiker) bzw. ihre kritiklose Hinnahme durch untere Schichten sorgten dafür, daß sich die Akademiker ständig nur aus der Mittelschicht rekrutierten und alle gewünschten Eigenschaften für die Akademikerrolle aus ihrer Erziehung schon in die Ausbildung mitbrachten. Heute, wo dies nicht mehr uneingeschränkt gilt, muß auf andere Weise dafür gesorgt werden, daß die Akademiker systemloyal sind. Das wird z. B. durch das Prüfungssystem erreicht.



Was soll dies alles?

Es liegt uns daran, durch Aufzeigen des Zusammenhangs von Prüfungsstoff und Arbeitsanforderungen in der Industrie den Zusammenhang zwischen Studium (Ausbildung) und Industrie herzustellen und zu verdeutlichen. Wir möchten mit aller Deutlichkeit sagen, daß Aktionen im Studium ohne Reflektion dessen, was danach ist, nur Kurieren an Symptomen bedeutet. Der Kernpunkt heißt: Erkennen, warum das Studium so ist, wie im Augenblick und dann die nötigen Konsequenzen ziehen. Beispielsweise sich nicht damit abzufinden, daß hier dies und jenes gelernt werden muß, sondern das zu studieren, für das man sich interessiert. Außerdem: Erkennen, daß das Studium ohne Veränderung des Systems, das es in dieser Form hervorbrachte, auch nicht zu verändern ist.

## Basisgruppe Chemie :

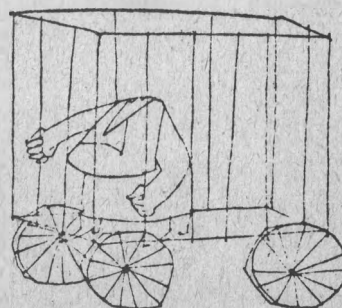
Mittwochs, 20<sup>00</sup> Uhr  
Raum 10/89 (ZINTL)  
Donnerstags, 18<sup>00</sup> Uhr  
Raum 10/89 (ZINTL)



## Basis rückt nach links

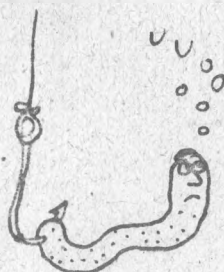
Organisiert Euch in  
der Basisgruppe Chemie

Fachschaftsraum :  
10/89  
(ZINTL)



Chemie-  
studium

# Zum Studium der Chemie als einer wertfreien Wissenschaft - wie "wertfreie Wissenschaft" u. Wertsystem der Gesellschaft zu Zusammenhängen



## I

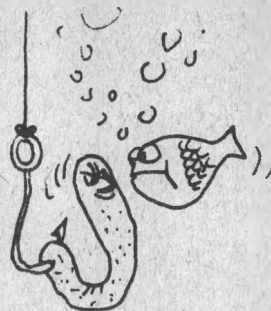
Unser Studium ist nicht daraufhin angelegt, uns ein echtes Verständnis des Wissensstoffs und die Prinzipien einer rationalen Forschungsmethodik zu vermitteln, vielmehr geht es um die bedingungslose Aneignung eines nach dem Eindruck des Studenten von irgendwoher vorgegebenen Stoffes in einer vorgegebenen Form: Zwar lernen wir im ersten Semester das Orbitalmodell und die Zusammenhänge im Periodensystem, doch von denen ist bei der Stoffchemie, die für die Kolloqs zum qualitativen Praktikum gelernt werden muß, nicht mehr viel zu spüren. Auf die Frage, warum er in der qualitativen anorganischen Analyse nur den Freseniustrennungsgang kennenlerne, kann ein Chemiestudent im zweiten Semester wohl nur antworten, das sei eben vorgegeben und müsse erfüllt werden. In der PC wird am Anfang oft gesagt, daß man sich nur an die Denkweise zu gewöhnen habe, dann werde sich auch bald das Verständnis einstellen. Und im fünften Semester soll es keine bessere Einführung in die experimentelle organische Chemie als das Kochen von 24 Präparaten geben? Im IR- und NMR-Kurs zum OC-Fortgeschrittenpraktikum geht es nur darum, das Spektrum zu entschlüsseln, indem den Peaks Gruppen zugeordnet werden, nicht aber auch darum, aufgrund von allgemeinen Überlegungen zu Molekülschwingungen und Protonenabschirmung Lage (und Intensität) der Banden zu verstehen... Hat jedoch ein Student sein Interesse für ein Thema entdeckt und will sich eingehender damit befassen, so hat er dafür keine Zeit, da "im Sinne eines geregelten Studienganges" und "einer optimalen Ausnutzung des ihm von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Studienplatzes" Prüfungen und Kolloqs, die "Erledigung" von Praktika, Rechenübungen usw. ihn nie ohne Arbeit lassen.

Studienform und -inhalt unterdrücken also den Wunsch des Studenten nach Verständnis und ersticken jede echte Motivation. Der Student wird nicht zum "Wissenschaftler", sondern zum "Rezepteanwender" ausgebildet: Im Studium werden ihm ein paar Methoden zur Lösung seiner zukünftigen Aufgaben antrainiert, und die soll er im Beruf stur anwenden können; die Fähigkeit, wissenschaftliche Probleme zu durchdringen, Lösungsstrategien zu entwickeln und eventuell auch eigene Methoden zu finden, wird nicht geschult.

Eine solche didaktische Konzeption des Studiums<sup>1)</sup> formt zusammen mit dem Prüfungssystem das Bewußtsein der Studenten in der Richtung, wie es auch schon im vorigen Artikel für das Prüfungssystem allein gezeigt worden ist: Der Idealchemiker ist schließlich bereit, jede ihm gestellte Aufgabe zu lösen - ohne Rücksicht auf die Auswirkungen, er ist nicht mehr sensibel für soziale Probleme und versteht die Ursachen gesellschaftlicher Konflikte nicht mehr, er fühlt sich als freies Individuum und hält Organisation nicht für nötig - außer in der Tarifpolitik, er nimmt Betriebsstruktur und Gesellschaft als vorgegeben und unveränder-



bar hin.<sup>2)</sup> Diese Hilflosigkeit und Unfähigkeit in gesellschaftlichen und politischen Fragen wird dadurch noch gefördert, daß während des Studiums die Chemie in einer wissenschaftsimmanent möglichst logischen Struktur dargestellt wird, während alle Fragen ausgeblendet werden, die mit der gesellschaftlichen Verwertung der Wissenschaft zu tun haben—am Beispiel der Umweltfrage: Nicht nur fachbezogene Fragen wie die Vernichtung von Chemieabfällen, sondern auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Umweltfrage haben im Studium nichts zu suchen.<sup>3)</sup> Außerdem wird durch Prüfungsdruck und Lernanforderungen dafür gesorgt, daß auch nach Feierabend<sup>4)</sup> kaum Zeit für eine eigene Beschäftigung mit diesen Fragen bleibt.



2,

## II

Diese Bewußtseinsdressur ist in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen:<sup>5)</sup>

Unsre Industriegesellschaft wird von Forschung und Technik immer abhängiger, je weiter diese fortschreiten. Forschung und Technik bilden die Basis unsrer Zivilisation, und ihr Zusammenhang mit Produktion und Verwaltung wird immer undurchsichtiger, so daß die Grundlagen unsrer Gesellschaft immer weniger im Bewußtsein ihrer Bürger verankert sind und die Entwicklung unsrer Gesellschaft nicht mehr von den Bürgern bestimmt werden kann. Die undurchschauten Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse erscheinen so dem einzelnen als natürlich. Herrschaft in dieser Gesellschaft entspringt aber den jeweiligen Interessen der Industrie, deren politisch-ökonomische Macht entscheidend vom Stand der Technik abhängt—heute bedeutet technische Macht politische Macht—, und ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat, so daß politische Herrschaft immer mehr zu einer perfektionierten Verwaltung der Gesellschaft<sup>6)</sup> wird, in der die Entwicklung nach den Gesichtspunkten der "Rationalität" und "Effizienz" "sozialtechnisch" gesteuert wird.

Die Wissenschaft hat einen langen Weg durchlaufen müssen, um zu einer dieser Gesellschaft adäquaten Rolle zu finden. Zurückgelassen hat sie den von der Aufklärung erhobenen Anspruch, durch Erkenntnis der Natur einen Beitrag zu einer theoretisch abgeleiteten Lebenspraxis des Menschen zu leisten (die die Philosophie als alle Wissenschaften übergreifende Wissenschaft entwickeln sollte), aus den kausalen Gesetzen der Natur, normative Gesetze für ein glückliches Zusammenleben der Menschen abzuleiten,<sup>7)</sup> so daß der Mensch sich durch ein von der Vernunft geleitetes Handeln aus irrationalen Herrschaftsverhältnissen befreien könnte.—Die zweite Aufgabe der Wissenschaft bestand der Aufklärung zufolge darin, die optimale Beherrschung der Natur zu ermöglichen, um so eine ausreichende Versorgung der Menschen mit materiellen Gütern zu gewährleisten als einer Vorbedingung dafür, eine vernünftige Gesellschaft errichten zu können.

Die Vernunft, wie sie die Aufklärer verstanden, verhält sich also durchaus nicht wertneutral, sondern stellt sich kritisch zur vorgegebenen Gesellschaft, indem sie Herrschaftsstrukturen auf ihre Objektivität hin analysiert, und sie ergreift Partei, sie kämpft gegen Unterdrückung und für Mündigkeit. Mit den Regeln der Logik allein kann die aufklärerische Vernunft nicht "erzwungen" werden, denn die moderne "wertfreie" Wissenschaft entstand gerade durch Ausscheiden dieses Wertens anhand des Kriteriums der Emanzipation aus dem Erkennen; als einziger Wert wurde nur noch die Zweckrationalität anerkannt, weil "objektiv" durch Erfolgskontrolle nachweisbar. Dapraktische Fragen, d.h. wie die Menschen in der Gesellschaft handeln sollen, nicht empirisch, sondern nur unter Voraussetzung eines Wertsystems zu beantworten sind, kann die Wissenschaft jetzt auch keine Entscheidungshilfen für menschliches Handeln mehr geben—die menschliche Entscheidung wird zu einem un-



## Ein Blick auf die verwaltete Gesell= schaft

verbindlichen Vorgang bar jeder Begründbarkeit durch die Vernunft. Aufgabe der derart aus ihrer sozialen Verantwortung entlassenen Wissenschaft ist es nur noch, technisch verwertbare Forschungsergebnisse zu liefern, um die technische Verfügbarkeit über die Natur zu erweitern.

Wissenschaft hat dennoch Auswirkungen auf die Gesellschaft: Zum einen erweitern heute besonders die Forschungsergebnisse auch die Verfügbarkeit über den Menschen, zum anderen läßt sich zeigen, daß diese sich wertfrei nennende Wissenschaft gar nicht politisch enthalten sein kann. Der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik bedient sich das Kapital, um seine Interessen in einem scheinbar naturwüchsigen Prozeß durchzusetzen, der über mehrere Stufen der Rationalisierung<sup>8)</sup> zum Herrschaftssystem der verwalteten Gesellschaft führt. - Welchen Einflüssen dabei die dem Handeln zugrundeliegenden Wertsysteme ausgesetzt sind, sei zunächst an einem spieltheoretischen Problem erläutert: Zwei Gegner stehen sich gegenüber, und jeder sucht nach Strategien, um den anderen zu schlagen; an dem Zweck, zu siegen, messen sie die Brauchbarkeit der Mittel. Dadurch wird ein eigentümlicher Zwang auf die den Methoden zugrundeliegenden Wertsysteme ausgeübt, und jenes Wertsystem wird unbewußt als das richtige akzeptiert und dient als Maßstab zum Handeln, welches die erfolgreiche Strategie liefert. Diese individuelle Situation läßt sich auf die Gesellschaft erweitern: "Wie sich Werte als ideologisch verschleißten und absterben, wenn sie den Zusammenhang mit einer technisch ausreichenden Befriedigung realer Bedürfnisse auf die Dauer verloren haben, so können sich auch umgekehrt mit neuen Techniken aus veränderten Interessenlagen neue Wertsysteme bilden."<sup>9)</sup>

- Die letzte Stufe der Rationalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen ist erreicht, wenn die Entscheidungen, die die Menschen im spieltheoretischen Problem zu fällen hatten, und ihre Auswahl der Methode und des Wertsystems einer Maschine übertragen wird, so daß die Selbstorganisation der Gesellschaft kybernetisch geregelt ist. Zwar ist diese letzte Stufe noch Utopie, doch erscheint sie realisierbar, da für die Maschine ein klares Kriterium zur Auswahl von Strategien existiert: das, zu überleben - durch Anpassung oder durch Sieg.

Im Dienste dieses Wertsystems (in seiner zu dem des Profits gemilderten Form) leistet die Wissenschaft auch einen direkten Beitrag zur Stabilisierung der in unserer Gesellschaft bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse, da sie sich stets der Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Auswirkungen bei der Anwendung ihrer Ergebnisse entziehen will, was seine Entsprechung in den Köpfen der Wissenschaftler findet: als allgemein anerkannte Ideologie der Wertfreiheit der Wissenschaft.

Im vorigen Abschnitt ist deutlich geworden, wie der den aufklärerischen ablösende positivistische Wissenschaftsbegriff, zuletzt noch unterstützt von der Kybernetik, trotz der behaupteten gesellschaftlichen Abstinenz eine Gesellschaftsform stabilisiert, die auf perfekte Steuerung des menschlichen Verhaltens und gesellschaftlicher Prozesse im Sinne von Zweckrationalität und Überleben hinausläuft - eine unmensch-



liche Gesellschaft, in der die Emanzipation des Individuums durch den Übermächtigen, jeder Kontrolle entzogenen Komplex Forschung-Technik-Produktion-Verwaltung niedergehalten wird. Genau dieselben gesellschaftlichen Konsequenzen wie der Positivismus hat der Strukturalismus<sup>10)</sup>, eine Philosophie, die ihren Ausgang von der Erklärung des Totemismus der Naturvölker nahm und nun auch in der hochentwickelten westlichen Industriegesellschaft nach grundlegenden unveränderlichen Strukturen sucht. "...Denn die sich aufdrängenden Fragen, warum hier eigentlich so hartnäckig und unbeirrt reduziert, formalisiert, strukturiert wird und was wir effektiv gewonnen haben, wenn wir "mittels des strukturalistischen Ansatzes die unerschütterlichen Grundlagen der menschlichen Gesellschaft finden" (Jaeggi)-diese Fragen sind nicht mehr wissenschaftlich zu beantworten"<sup>11)</sup> Der Positivismus als Ideologie der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ist jedoch durch die Betrachtung seiner Entstehung im Rahmen der Philosophiegeschichte leicht durchschaubar, während der Strukturalismus als Ideologie der verwalteten, kybernetisch gesteuerten Gesellschaft zur Widerlegung schon die Einsicht in die irrationalen Herrschaftsverhältnisse dieser Gesellschaft und den Willen zu ihrer Überwindung voraussetzt. Da der Strukturalismus eigentlich nur eine hermeneutische Methode ist, die in allem eine sinnvolle Struktur finden kann, vermag er erst gar keine kritische Haltung gegenüber dieser Gesellschaft einzunehmen, sondern muß ihre Grundlagen stillschweigend akzeptieren, um seine Methode auf sie anwenden zu können.



3)

### III

Für Positivismus und Strukturalismus hat Geschichte nicht mehr den Sinn, wie ihn die Aufklärung sah, daß der Mensch durch seine Befreiung aus selbstgeschaffenen Ketten<sup>12)</sup> einen Zustand größeren Glücks erreicht.<sup>13)</sup> Wenn wir die Verwirklichung der positivistischen und strukturalistischen Gesellschaftsutopie verhindern wollen, müssen wir alle gesellschaftlich wirkenden Kräfte - seien es Ideen oder Machtgruppierungen - daran messen, ob sie die Emanzipation des Menschen ermöglichen oder verhindern.

Auch die Wissenschaft hat sich dieser Prüfung zu unterziehen, und eine Wissenschaft,

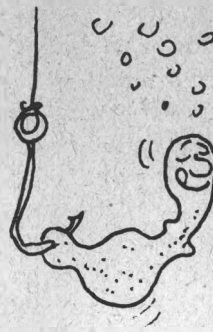
\*die peinlich bemüht ist, in ihrer Selbstdarstellung jeglichen Bezug zu gesellschaftlichen und politischen Fragen auszuklammern bzw. zu vertuschen (Kriegsforschung), obwohl Forschungsergebnisse immer auch gesellschaftliche Auswirkungen haben,

\*die in Wirklichkeit auch bereit ist, sich in den Dienst der Ausbeutung und Vernichtung zu stellen (Haber im 1. Weltkrieg, die IG Farben und die Konzentrationslager, Düngemittelproduktion und Imperialismus), wo ihre Aufgabe doch das genaue Gegenteil ist,

\*die durch die unkontrollierte Verwertung ihrer Ergebnisse die Auflösung der Natur ermöglicht und so die Grundlage der menschlichen Existenz zerstören hilft (Umweltfrage),

\*die uns zu unmündigen Menschen mit deformiertem Bewußtsein ausbildet, die die sozialen Auswirkungen ihrer fachlichen Arbeit im Beruf nicht sehen sollen,

hält dieser Prüfung nicht stand!



IV

Die Studenten können erwarten, daß - um ihnen ein echtes Verständnis des Stoffes zu ermöglichen - , ihnen die Zusammenhänge des zu lernenden Stoffes mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen nicht verschwiegen werden und daß die politische Dimension dieser Fragen auch im Unterricht diskutiert wird, daß wissenschaftliche Theorien - wo es sinnvoll ist - auch in ihrer Entstehung im Rahmen der Wissenschaftsentwicklung und in ihrer Abhängigkeit vom jeweiligen Stand der Technik und den Bedürfnissen der Produktion ( das heißt auch den Profitinteressen der Industrie ) dargestellt werden. In das Studium sind endlich Probleme der Berufspraxis und des Problemkreises " Chemie und Gesellschaft " einzubeziehen! Dafür gibt es klare Gründe, und auch die Lernziele lassen sich konkret formulieren:

IV. EMPFEHLUNGEN ZUM THEMA CHEMIE, UMWELT UND GESELLSCHAFT

1. Aufgaben und Ziele

Es soll erreicht werden, daß der Student erkennen kann, welchen Einfluß chemische Erkenntnisse und Produktionsmethoden auf die Gestaltung und Qualität der Umwelt haben. Er soll weiter erkennen, daß Fortschritte der Fachwissenschaft Chemie und deren Anwendung häufig Auswirkungen auch auf gesellschaftliche Zustände haben (wirtschaftliche Bedingungen, militärische Anwendungen, Gestaltung von beruflichen Tätigkeiten, Bekämpfung von Krankheiten etc.). Weiter sollen die Studierenden erkennen, daß Ursprung, Entwicklung und Anwendung der Naturwissenschaften nicht in ihr selbst, sondern in gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen liegen.

2. Begründung der Aufgaben und Ziele

Die Vermittlung dieser Zusammenhänge erscheint notwendig:

- weil die allgemeinen Lebensbedingungen und auch geistig-philosophische Entwicklungen zunehmend von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und deren Anwendung geprägt werden;
- weil gleichzeitig damit der Fortbestand der Zivilisation und die Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse für möglichst viele Menschen vom Mißbrauch naturwissenschaftlicher Erkenntnisse bedroht sind (Anwendung für Vernichtungs- und Tötungszwecke, Anwendung zur wirtschaftlichen Ausbeutung wie z.B. im Kolonialismus).

Und speziell aus der Sicht der Arbeitsgruppe 4:

- weil eine sach- und zielbezogene Arbeitsmotivation erreicht werden soll. Da dies durch Lernziele, die innerhalb der

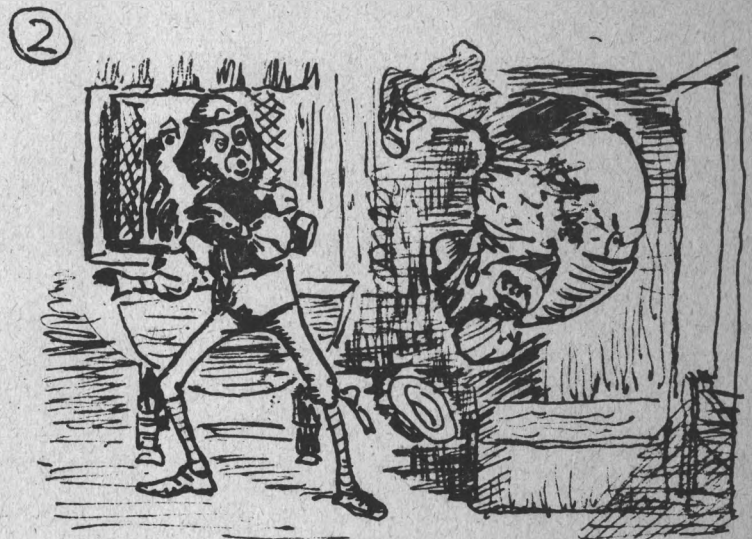


Naturwissenschaften liegen, nur bedingt möglich ist, müssen auch gesellschaftlich begründete Lernziele formuliert werden;

- weil Studenten der Naturwissenschaften dazu neigen, ihre sachlogische Denkweise auf alle anderen Lebensbereiche auszudehnen, was häufig dazu führt, daß die gesellschaftliche Problematik der Entstehung und Anwendung der Naturwissenschaften nicht erkannt oder bewußt ausgeklammert wird.

14)

Auch zur Form der Integration dieser Themen ins Studium sind schon genügend Vorschläge gemacht worden<sup>15)</sup>, als daß sich die Verantwortlichen - in der Hauptsache die Professoren - vor der Verwirklichung noch herumdrücken könnten mit der Begründung, man wisse ja gar nicht, wie das geschehen solle. Diese formale Begründung soll die wahren Motive verdecken: didaktische Bequemlichkeit, die Angst vor dem Ausprobieren neuer Studienformen, das Unbehagen, daß die Studenten in diesen "nicht fachlichen" Themen die gleiche Sachkompetenz wie die Professoren hätten - all das erschwert den Professoren die Einsicht, daß solche Themen ins Studium gehören. Solange diese grundlegende Einsicht bei den Lehrenden nicht vorhanden ist, müssen wir Lernenden uns fragen, ob wir uns überhaupt weiter den Kopf darüber zerbrechen sollen, wie solche Themen in das Chemiestudium einbezogen werden können.<sup>16)</sup>



Professor, neue  
Studienformen  
ausprobierend

ANMERKUNGEN:

- 1) Dazu aus dem Arbeitsbericht und den Empfehlungen der Arbeitsgruppe 4 der EA Chemie:

Die das soziale Verhalten und die sozial wirksamen Einstellungen des Studenten prägende Situation an den Hochschulen ist bestimmt durch:

- verdeckte, unreflektierte Sozialisationsprozesse (unter Sozialisation werden Vorgänge, welche Einstellungen und Verhaltensweisen erzeugen oder verändern, verstanden);
- Lehr- und Lernsituationen, deren Funktionstüchtigkeit keiner echten Überprüfung zu bedürfen scheint und welche ausschließlich der Aneignung von chemischem Fachwissen dienen;
- ein Prüfungssystem, dessen Legitimation nur schwach begründet werden kann und vor allem Sekundärmotivationen fördert;
- Ablehnung der Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Lernenden seitens der Hochschullehrer;
- Inkaufnahmen einer beträchtlichen Anzahl von Studienabbrechern, Studienfachwechslern und Studenten, welche psychologische Beratungsstellen in Anspruch nehmen müssen;<sup>7)</sup>
- die Auffassung, daß Berufsfähigkeit ausschließlich die fachliche Handlungskompetenz erfordert.

( Gesamtbericht der EA Chemie, hrg. vom Sekretariat der EA Chemie in der WRK; Bonn - Bad Godesberg, Neuauflage Januar 1975, S. 141 )

- 2) Wie nahe der wirkliche Chemiker dem hier vorgestellten Idealchemiker kommt, läßt sich in allen Einzelheiten bei Jenö Kurucz ( Hrg.!), Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie - Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriechemiker ( Weinheim 1972 ) verfolgen.
- 3) Und wo doch Vorlesungen in fachbezogenen Fragen wie die von Buss, " Umweltchemikalien " ( seit WS 73/74 ) und die von Lieser, " Chemie und Umwelt " ( im SS 73 ) angeboten werden, da haben sie ihre Daseinsberechtigung an der Hochschule nur als Wahlvorlesung, die an wenige Interessierte gerichtet sind, und sind allenfalls Ausdruck der uneingestandenen Verantwortung der Wissenschaft für die Verwertung ihrer Ergebnisse: Wie die Kollekte in der Kirche das Gewissen des Bonzen beruhigt, so befreien solche Vorlesungen den Wissenschaftler von Gefühlen der Mitschuld an der Umweltkrise.
- 4) Vergleiche dazu zwei bemerkenswerte Sätze im Bericht " Zur Frage der Arbeitsbelastung der Chemiestudenten " ( Gesamtbericht der EA Chemie, S. 167ff.), der hier jedoch wegen des Interesses, das auch die anderen Teile verdienen, ganz abgedruckt ist:

VI. ZUR FRAGE DER ARBEITSBELASTUNG VON CHEMIESTUDENTEN

1. Es ist unmittelbar einsichtig, daß bei der Gestaltung des Chemiestudiums die Belastbarkeit der Studenten zu berücksichtigen ist. Jedoch wird die Frage, wieviel man einem durchschnittlichen Studenten "zumuten" könne, wieviel er "verkräften" könne, recht unterschiedlich beantwortet. Wenn man bestehende Studienpläne oder Entwürfe untersucht, so findet man darin u.U. Angaben von mehr als 50 Wochenstunden (Hausarbeitszeit berücksichtigt). Lange Prüfungsvorbereitungszeiten und



beträchtliche Abbruchquoten im Chemiestudium lassen die Vermutung, die Arbeitsbelastung sei streckenweise zu hoch, zumindest nicht unberechtigt erscheinen.

Bei der Neugestaltung des Chemiestudiums wären also Gesichtspunkte der Arbeitsphysiologie bzw. der Ermüdungsforschung dementsprechend zu berücksichtigen.

2. Die oben angeführten Berechnungen der Wochenstundenzahlen ergeben sich meist aus einfachen Schlüsseln: Man setzt voraus, daß der durchschnittliche Student an allen Pflichtveranstaltungen teilnimmt und außerdem je Stunde Vorlesung oder Übung eine bestimmte Zeit (z.B. wieder eine Stunde) nacharbeitet. Auch für die Arbeit im Praktikum (speziell in den mehr und mehr üblichen Kursen) wird eine bestimmte Zeit für Hausarbeit veranschlagt. Über die Berechtigung dieser Berechnungsregeln kann bis heute wenig ausgesagt werden. Sicher ist jedenfalls, daß die individuelle Arbeitszeit von Student zu Student stark variiert und daß die Geschwindigkeit, mit der ein bestimmtes Pensum angegangen wird, nicht viel über Lernerfolg aussagt.

3. Die Erwartung, aus den bisherigen Ergebnissen der Leistungs- bzw. Ermüdungsforschung eindeutige Grenzen der studentischen Arbeitsbelastung abzuleiten, ist nicht realistisch. Wie aus einem diesbezüglichen Brief von Prof. Rutenfranz (Institut für Arbeitsphysiologie der Universität Dortmund) hervorgeht, kann aufgrund des Mangels an konkreter Information über den Tagesablauf der Studenten nicht angegeben werden, welche Wochenstundenzahl noch zulässig ist und ab welcher Belastung möglicherweise Gesundheitsschäden zu erwarten sind. Professor Rutenfranz weist auf die wichtige Bedeutung der Motivation und der Arbeitsplatzsituation für das schnelle oder langsame Eintreten von Ermüdung hin.

Die Arbeitsphysiologie kann, wenn sie auch keine Aussage über die Grenzen der Belastbarkeit vorweist, doch wichtige Hinweise zur Gestaltung von Lehrveranstaltungen und zur Einrichtung von Unterrichtsräumen bzw. Labors geben. Konsequenz zu Ende gedacht bedeutet dies, daß die Umstände des Studiums und die Probleme der Motivation als Themen in das Studium einbezogen werden.

4. Eine im Jahr 1969 durchgeführte Untersuchung der HIS GmbH ergab, daß Chemiestudenten ca. 40 Stunden in der Woche für ihr Studium arbeiten. (Diese Angabe ergab sich aus einer Untersuchung, in der eine größere Anzahl von Studenten über ihren Tagesablauf Buch geführt haben.)

Die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und der in den Studienplänen ausgewiesenen Wochenstundenzahl sowie die Diskrepanz zwischen den tatsächlichen und den in den Studienplänen angegebenen Studienzeiten lassen sich in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurückführen:

- Die Studenten arbeiten die Vorlesungen nicht nach und nehmen lange Prüfungsvorbereitungen in Kauf.
- Die Studenten erledigen nur einen Teil der im Studienplan pro Semester vorgesehenen Aufgaben.

5. Die zwangsweise Einführung einer Regelstudienzeit von 8 Semestern hätte eine erheblich höhere Arbeitsbelastung, sowie einen damit einhergehenden erheblich höheren Prüfungs- und Konkurrenzdruck - u.a. durch eine an die Regelstudienzeit gekoppelte Studienförderungsdauer - zur Folge. Die Negativauswirkungen dieser Stress-Situation sind: Unselbständigkeit und Unfähigkeit zu primär-motiviertem Lernen seitens der Studenten, Studienfachwechsel, Studienabbruch o.ä.

Eine Intensivierung des Studiums sollte daher von der Prämisse ausgehen, daß die in der Arbeitswelt übliche 40-Stunden-Woche auch für das Studium als Obergrenze anzusehen ist. In diesen 40 Stunden wäre auch genügend Zeit zu lassen für Lehrveranstaltungen und studentische Aktivitäten, die die sozialen Bezüge der Chemie zum Inhalt haben, so daß die Integration der Chemie in die Gesellschaft nicht zum Hobby nach Feierabend degradiert werden kann.

Die Verbesserung der Ausbildung kann - wenn sie nicht auf Kosten der Zeit, der Gesundheit und der sozialen Entwicklung der Studenten gehen soll - nur durch Verbesserung der Lehr- und Lernformen erreicht werden. (Wobei zu bemerken wäre, daß allein die inhaltliche Abstimmung der Lehrveranstaltungen aufeinander einen erheblichen Zeitgewinn bedeutet.)

Die Beseitigung von Lernstörungen und die Einbeziehung affektiver Momente in den Lernprozeß sowie Ausbildung der Studenten in Arbeits- bzw. "Lern"technik gehören ebenfalls zu den zu fordernden Maßnahmen.

6. Die Frage nach den Grenzen der Belastbarkeit von Chemiestudenten erweist sich so als falsch gestellte Frage. Die Frage sollte vielmehr lauten: Welche Arbeitszeit muten wir dem Chemiestudenten zu, wieviel Zeit lassen wir ihm für eigene Aktivitäten und Freizeit?

Die Orientierung an der 40-Stunden-Woche (unter Einbeziehung der sozialen "Randgebiete" in diese Arbeitszeit) beruht nicht auf der Einschätzung, daß mehr gesundheitsgefährdend sei. Vielmehr wird damit die weithin vorherrschende und nicht rational begründete Meinung, der Student habe bis zum Umfallen zu arbeiten, durch eine Regelung ersetzt, die sich in weiten Bereichen der Arbeitswelt als vernünftig erwiesen hat.

- 
- 5) Ein großer Teil der Gedanken und auch einige Formulierungen des folgenden Abschnitts entstammen Jürgen Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung - Zu Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation, in "Theorie und Praxis", Frankfurt 1971.
- 6) Zum Begriff der verwalteten Gesellschaft vergl. M. Weber und Adorno.
- 7) Aus dem Vorwort von Holbach zu seinem "System der Natur": "Der Mensch ist darum unglücklich, weil er die Natur verkennt."
- 8) Siehe Habermas
- 9) Habermas S. 324



- 10) Setzte sich zuerst in Frankreich nach dem Existentialismus in den 70er Jahren durch.
- 11) Siehe Wolfgang Hädecke, Strukturalismus - Ideologie des Status quo?, in: Neue Rundschau, 82. Jg. 1971, Heft 1, S.58.
- 12) Vgl. Rousseau, Einleitung zum "Contract social".
- 13) Das ist jedoch nur stufenweise, nicht in einem Satz möglich, da auch die kritische Vernunft als Kraft dieser Entwicklung stets noch den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen verhaftet ist, wie Marx gezeigt hat.
- 14) Gesamtbericht der EA Chemie S. 162ff.
- 15) Vgl. Gesamtbericht der EA Chemie S. 142ff., Artikel zum Thema Projektstudium an der TU Berlin, Arbeiten des Instituts für Hochschuldidaktik, frühere Infos der BG Chemie und Vorschläge der studentischen Vertreter im LuSt Ausschuß.
- 16) Vgl. dazu das klägliche Ende der Studienplanung zur allgemeinen Chemie in Darmstadt WS 74/75!

Professor vor Studenten  
den Verfall der Wissen-  
schaften beklagend



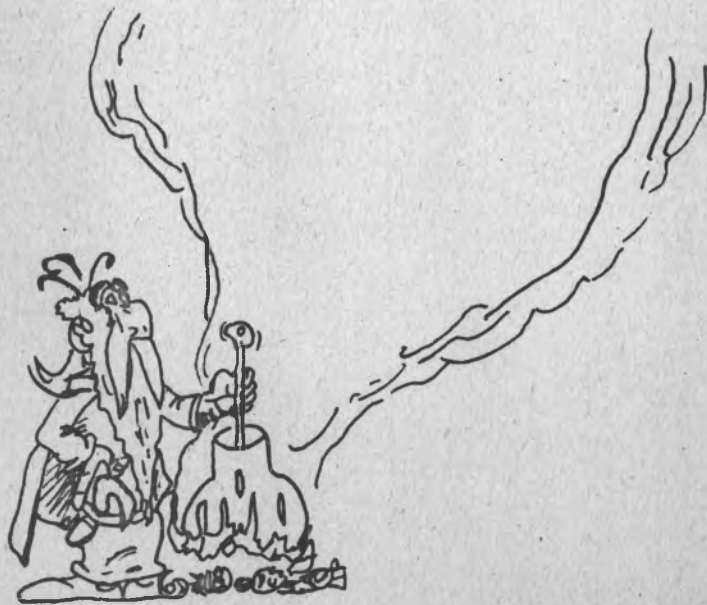
(Illustrationen aus L. Carroll, Alice in Wonderland  
and Through The Looking-Glass)

# "Umwelt - Schmutz" nach Messel

Seit längerer Zeit beabsichtigt der hessische Staat örtliche Müllhalden durch zentrale Mülldeponien zu ersetzen. Eine dieser zentralen Mülldeponien soll jetzt in der Nähe von Darmstadt, in der ehemaligen Grube Messel entstehen. Hier sollen die Rückstände der städtischen Müllverbrennung und der Industriemüll von Hanau bis Bensheim abgelagert werden.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, daß sich der Staat endlich um das Müllproblem Gedanken macht. Die Art und Weise aber, wie er es zu lösen versucht widerspricht den Interessen der Bevölkerung.

Die inzwischen stillgelegte Grube Messel diente früher dem Abbau von Ölschiefer. Heute gehört sie der Firma Ytong, die den Abraum zur Baustoffherstellung verbraucht. Die Grube ist mehrere hundert Meter lang und breit und etwa 60 Meter tief. Am Grund ist sie mit Wasser gefüllt, was ständig abgepumpt werden muß. Der Ölschiefer (es ist nur ca. die Hälfte des Vorkommens abgebaut) ist selbstzündlich und große Teile der Grube müssen deshalb ständig mit Wasser besprüht werden. Im Gestein befinden sich Fossilien, die sich des lebhaften Interesses der Wissenschaft erfreuen.





In dieser Landschaft, die im Übrigen auch gern besuchtes Erholungsgebiet ist, soll also eine Mülldeponie entstehen, die zu den größten Europas zählen wird. Natürlich hat das den Widerspruch der Bevölkerung erregt und es hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, der inzwischen mehrere hundert Leute angehören. Um seine Maßnahmen zu rechtfertigen, hat der Staat den Zweckverband gegründet, dem Bürgermeister und Landräte des Einzugsgebiets der Deponie angehören. Dieser "Zweckverband" soll anhand von Gutachten die Einrichtung der Deponie rechtfertigen und vorbereiten. Das Kerngutachten wurde sinnigerweise von der Ytong übernommen. Diese Firma will die Grube jetzt natürlich loswerden, um Rekultivierungskosten von ca. 1 Mio zu sparen, die sie nach der endgültigen Ausbeutung der Grube aufwenden müßte. Daß Wissenschaftler oft die Wahrheit so hinbiegen müssen, wie ihre Brötchengeber sie gern sehen, sollte uns künftigen Chemikern nichts Unbekanntes sein. So sind die Gutachten äußerst pauschal und berücksichtigen nicht, wie sich die Grubenstruktur im Verlauf der Müllablagerung verändert.

So konnten folgende Einwände der Bürgerinitiative bisher nicht widerlegt werden:

- Die Herkunft von über 50% des Wassers am Grubengrund ist unbekannt. Die Untersuchungen haben bisher nicht geklärt, ob nicht eine Verbindung zum Grundwasser besteht. Es ist also eine Verseuchung des Grundwassers zu befürchten.
- Die unterirdischen Brände können zusammen mit dem Müll eine unerträgliche Geruchsbelastung hervorrufen, die sich an bestimmten Tagen bis nach Darmstadt auswirken kann.
- Der Müll wird z.T. durch Schwerlasten abtransportiert, was für die Anwohner zu einer großen Lärmbelastung führen wird.
- Die Erfahrungen anderer Mülldeponien haben gezeigt, daß die illegale Ablagerung von Giftmüll (Cyanide, Schwefelwasserstoffbildner etc.) nicht auszuschließen ist. In Malsch bei Wiesloch hat das zu erheblichen Vergiftungserscheinungen bei den Anwohnern geführt und die Vegetation der Umgebung erheblich beeinträchtigt.
- Außerdem empfehlen neuere wiss. Untersuchungen die ebenerdige Ablagerung.

Trotz die er berechtigten Einwände haben die Einwohner nur negative Erfahrung mit den Behörden gemacht. Der Zweckverband wagt sich gar nicht zu einer öffentlichen Diskussion, Minister Best setzte eine Delegation in Wiesbaden nach 5 Minuten vor die Tür und Krollmann drückte sich bei einem Besuch um jede klare Stellungnahme. Zweckverband und Staat wollen sich anscheinend über den Willen der Bevölkerung einfach hinwegsetzen, schon um ein zweites Why1 zu verhindern.

Damit ihnen das nicht gelingt, versucht die Bürgerinitiative eine möglichst breite Unterstützung zu bekommen: Jeder kann Mitglied werden, ein Beitrag wird nicht erhoben. Außerdem möchte die Bürgerinitiative die Gutachten möglichst gründlich auseinandernehmen, wozu sie die Unterstützung von Wissenschaftlern der TH gebrauchen kann. Wir meinen, daß es uns nicht gleichgültig sein kann, in welchem Interesse Wissenschaft angewendet wird und daß dies eine gute Gelegenheit für Chemiker, Biologen, Bauingenieure ist, ihre Kenntnisse wirklich zum Nutzen der Bevölkerung anzuwenden. Deshalb ruft die Basisgruppe Chemie dazu auf, sich an der Kritik des Gutachtens zu beteiligen und andere konkrete Unterstützung für Messel zu leisten.

**Umweltschutz.  
TU  
etwas.**

Interessenten wenden sich an:

Udo Pittermann / Dietmar Henning, Institut für PC undCT, Raum 201